

Sonntagskolumne Südostschweiz, 7. Januar 2007

Integration statt Rente: Nein zur 5. IV-Revision

Das Referendum gegen die 5. Revision der Invalidenversicherung ist zustande gekommen. Am nächsten Donnerstag werden Betroffene, Menschen mit Behinderungen, und ihre Verbündeten mehr als 60'000 Unterschriften in Bern einreichen können. Wenige haben daran geglaubt, viele haben gehofft, dass es nicht zustande kommt. Die Wenigen waren kleine Behindertenorganisationen, wie das „Zentrum für Selbstbestimmtes Leben“, die das Referendum ergriffen. Die Vielen waren vorab die grossen nationalen Behindertenorganisationen, die aus Angst vor einer Niederlage das Referendum nicht lancieren wollten. Ihre betroffenen Mitglieder aber fühlten sich im Stich gelassen. Sie sind es, die auf regionaler und lokaler Ebene Verbände und Organisationen, so auch die Grünen überzeugt haben, sich gegen diese unhaltbare soziale Ungerechtigkeit einzusetzen. Die vorliegende Revision der Invalidenversicherung (IV) ist eine Mogelpackung. Mit dem Slogan „Integration vor Rente“, den die Invalidenversicherung übrigens schon 40 Jahre trägt, hat die bürgerliche Mehrheit eine Revision durchgedrückt, die voll auf Kosten der Behinderten geht und weder das Problem der zunehmenden psychischen Erkrankungen in einer stets leistungsorientierteren Arbeitswelt einerseits und der enormen Schulden der Versicherung andererseits angeht. Diese Revision erhöht den Druck und das Misstrauen gegenüber kranken und behinderten Menschen enorm. Die „Scheininvaliden-Debatte“ der SVP, vor den letzten Wahlen lanciert, hatte also leider Erfolg: kaum war die 4. IV-Revision im Jahre 2004 in Kraft, musste schon die nächste her. Und das Versprechen der Bundesratsparteien, damit endlich die Zusatzfinanzierung der IV zu verknüpfen, wurde noch während den Beratungen im Parlament gebrochen. Und die SVP verlangt damit gleich die 6. Revision mit weiteren Einsparungen bei den IV-Leistungen! Sie benützt die Finanzierungsprobleme der IV gekoppelt mit der Missbrauchsdebatte, um bei der Invalidenversicherung drastisch zu sparen. Auf dem Buckel behinderter und kranker Menschen und auf dem Buckel der Gemeinden und Kantone soll gespart werden, denn dort werden die Menschen im letzten Netz der Sozialhilfe schliesslich landen. Einer solchen destruktiven, menschenverachtenden Politik ist nicht mit Taktieren und Kuschen beizukommen. Einer solchen Politik, die stets gegen die Schwächsten der Gesellschaft hetzt und den Starken stets noch mehr gibt, muss man sich entgegenstellen. Sonst wird unsere ganze Gesellschaft invalid = unwert! Welch demütigendes Wort für alle diejenigen IV-Rentnerinnen und Rentner, die schon heute unter dem Stigma des potentiellen Scheininvaliden, also „Schein und Unwert“-leben müssen. Das Nein zur vorliegenden Revision ist auch ein klares und unmissverständliches Nein zur weiteren Diffamierung und Entwürdigung von Menschen. Es ist aber auch ein Nein, das den Weg zu einer fairen Lösung ebnen soll: die Zusatzfinanzierung und der Schuldenabbau müssen unverzüglich beschlossen werden. Alle unsere Sozialversicherungen müssen für echte Integrationshilfen endlich Hand in Hand arbeiten. Die Wirtschaft muss ihre Verantwortung mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen und Integrationsbemühungen übernehmen und den Betroffenen Behinderten sollte endlich mit einem Assistenzbudget mehr Selbstbestimmung übertragen werden. So könnten wir dem kürzlich erschienenen OECD Bericht zum IV-System in der Schweiz entsprechen, der uns dringend rät unser altes Credo „Eingliederung vor Rente“ durch „Wiedereingliederung statt Rente“ zu ersetzen!